

Banken und Steuerparadiese

Wie die französischen Regionen besser für Transparenz sorgen als die G20

Juli 2012

ccfd-terre solidaire

CCFD-Terre Solidaire mobilisiert gegen die Steuerflucht

Das CCFD-Terre Solidaire (Comité Catholique contre la Faim et pour le Développement, Katholisches Komitee gegen Hunger und für Entwicklung) wurde 1961 gegründet und ist die erste französische NRO der Entwicklungszusammenarbeit. Sie hat drei Arbeitsschwerpunkte: Unterstützung von Entwicklungsinitiativen in den Ländern im Süden und Osten, Aufklärungsarbeit im Entwicklungsbereich in Frankreich und Interessenvertretung gegenüber französischen, europäischen und internationalen Verantwortlichen aus Politik und Wirtschaft.

CCFD-Terre Solidaire hat sich bereits sehr früh für die Finanzierung der Entwicklung eingesetzt; die Organisation führte zunächst Kampagnen zur Frage der Verschuldung durch und bezog später Position zu Korruption, Besteuerung und illegaler Kapitalflucht. Undurchsichtige Finanzstrukturen und Steuerparadiese stellen für die Länder im Süden ein erhebliches Problem dar. Diesen Staaten gehen jährlich 800 Mrd. EUR durch illegale Finanzflüsse verloren, die Steuerflucht trägt dazu mit etwa 60 % bei (Quelle: GFI). Es wird heute geschätzt, dass sich der Gewinnausfall für die Entwicklungsländer allein aufgrund der Steuerflucht multinationaler Unternehmen auf 125 Mrd. EUR im Jahr beläuft, das heißt mehr als die weltweite öffentliche Entwicklungshilfe. Die illegale Kapitalflucht kommt daher einer finanziellen Ausblutung der Volkswirtschaften in den Entwicklungsländern gleich, zumal diese Mittel für die Finanzierung der öffentlichen Gesundheits- und Bildungspolitik oder für Investitionen in der Landwirtschaft dringend benötigt werden.

CCFD-Terre Solidaire beteiligt sich seit September 2009 mit den Organisationen der „Plateforme Paradis fiscaux et judiciaires“ (Plattform Steuer- und Rechtsparadiese) an der gemeinsamen Kampagne „Stop Paradis Fiscaux“ (Stoppt Steuerparadiese), um die politischen Verantwortlichen aufzufordern, konkrete Maßnahmen gegen die Intransparenz im Finanzsektor zu ergreifen. Sie führte ferner in den Jahren 2010-2011 die Kampagne „Aidons l'argent à quitter les paradis fiscaux“ (Dem Geld beim Verlassen der Finanzparadiese helfen) durch, mit der ein breiteres Publikum sensibilisiert und mobilisiert werden konnte.

Warum richtet sich die Kampagne „Stop Paradis Fiscaux“ vor allem an die Banken?

Die Banken sind die Hauptnutzer der Steuerparadiese. So liegt durchschnittlich ein Viertel der Niederlassungen der zwölf wichtigsten europäischen Bankengruppen in diesen intransparenten Gebieten.¹ Diese starke Präsenz erschwert die Bekämpfung der Steuerflucht, aber auch der Korruption und des unrechtmäßig erworbenen Besitzes und stellt eine große Herausforderung für die Regulierung und die Finanzstabilität dar. In steuerlicher Hinsicht haben die Banken eine doppelte Verantwortung. Einerseits müssen sie als multinationale Unternehmen selbst an die Gesetze halten und transparent sein. Andererseits müssen sie als Finanzmittler diese Transparenz von ihren Kunden einfordern, insbesondere von den Unternehmen, deren Konten sie verwalten und die sie finanzieren.

Dieser Bericht wurde von Mathilde Dupré und Pauline Montfort verfasst.

Wir danken Catherine Gaudard, Geneviève Guénard und Jean Merckaert für ihre wertvollen Anmerkungen und Beiträge.

Redaktionelle Leitung: Catherine Gaudard

Gestaltung: Isabelle Cadet

Hinterlegung von Pflichtexemplaren: Juli 2012

¹ Merckaert et C. Nelh, „L'Économie Déboussolée. Multinationales, Paradis Fiscaux et captation des richesses“, CCFD-Terre Solidaire, Dezember 2010.

Referenznummer: 8070312

Kontakt

CCFD Terre-Solidaire
4, rue Jean Lantier – 75001 Paris
www.ccf-d-terresolidaire.org

Ansprechpartner

Mathilde Dupré
Tel.: (33) 1 44 82 81 23/ (33) 7 61 70 91 21
E-Mail: m.dupre@ccfd.asso.fr

Einleitung	5
FRANZÖSISCHE BANKEN UND STEUERPARADIESE 2012	9
Teil 1	
Bevorzugte Steuerparadiese der französischen Banken	10
Präsenz der französischen Banken in Steuerparadiesen	12
Stillstand bei den derzeitigen Rechtsinstrumenten	14
WAS GESCHIEHT IN DEN REGIONEN	17
Teil 2	
Karte der Regionen, die sich gegen Steuerparadiese engagieren (Stand: 1. Juli 2012)	18
Weitere Gebietskörperschaften beteiligen sich	21
DAS GESETZ DES SCHWEIGENS: DIE ANTWORTEN DER BANKEN.....	23
Teil 3	
WIE GEHT ES WEITER?	27
Teil 4	
Was geschieht in Frankreich?	28
Was tut die EU?	30
Was tut die G20?	30
EMPFEHLUNGEN	31
Teil 5	
Anhang 1: Verzeichnis der Steuerparadiese	34
Anhang 2: Fragen an die Banken	35

Einleitung

2008

Nach dem Konkurs großer Banken wird der breiten Öffentlichkeit die Schädlichkeit von Steuerparadiesen bewusst, die bei der Globalisierung der Finanzmärkte im toten Winkel liegen. Die multinationalen Unternehmen und wohlhabende Privatpersonen nutzen diese Orte, um ihre Tätigkeiten vor dem Fiskus, der Justiz oder den Marktregulierungsbehörden zu verbergen. Die G20-Staaten prangerten die intransparenten Finanzplätze beim Gipfeltreffen im April 2009 in London an. Die Maßnahmen der G20 gegen die Steuerparadiese konzentrieren sich auf die steuerlichen Aspekte des Problems. Die Steuerflucht stellt für die Staatshaushalte² der reichen wie der armen Länder eine enorme Belastung dar.

2009

Der Generaldirektor der BNP-Paribas gibt am 29. September bekannt: „Wir haben beschlossen, unsere Niederlassungen in den Steuerparadiesen zu schließen (...), die auf der grauen Liste [der OECD] stehen“.³ Einige Tage danach geben die französischen Banken insgesamt eine ähnlich lautende Erklärung ab.⁴

2012

Die Banken, Hauptnutzer der intransparenten Finanzplätze, haben sich keineswegs aus den Steuerparadiesen zurückgezogen, sondern ihre Präsenz verstärkt. Im Jahr 2010 entfielen auf die drei größten französischen Banken 494 Filialen gegenüber derzeit 513 Filialen. Entgegen ihrer angeblich übernommenen Verpflichtung besitzen die wichtigsten französischen Banken unserer Studie gegenwärtig 547 Niederlassungen in Steuerparadiesen (siehe S. 12).

Was ist tatsächlich geschehen?

Ein Gipfeltreffen der G20 folgt auf das andere, am Ende gleichen sich alle. Es werden hochtrabende Erklärungen abgegeben, doch die konkreten Ergebnisse der Bekämpfung intransparenter Finanzzentren sind angesichts der auf dem Spiel stehenden Summen derart enttäuschend, dass keiner Zahlen nennen möchte.

Während es einigen reichen Ländern mit Hilfe gestohlener Bankdaten zuweilen beinahe „zufällig“ gelang, ein oder zwei Milliarden zurückzuholen, gingen die Entwicklungsländer leer aus und konnten von diesen Bemühungen in keiner Weise profitieren.

Die G20-Staaten haben zwar einigen undurchsichtigen Staaten Transparenzmaßnahmen abgerungen, doch für die Hauptnutzer der Steuerparadiese war dies keineswegs Anlass zur Sorge. Einzige Ausnahme ist die Schweizer Bank UBS, die zum Gegenstand eines heftigen diplomatischen Streits zwischen den Vereinigten Staaten und der Schweiz geworden ist und gegen die seit dem 5. April ein Ermittlungsverfahren in Frankreich läuft, insbesondere wegen illegaler Kundenwerbung Schweizer Handelsagenten unter reichen Privatpersonen.

² Selon les estimations du SNUI (Syndicat National Unifié des Impôts), la fraude fiscale prive l'état français de 50 milliards d'euros chaque année, dont 20 sont le seul fait de la fraude internationale, notamment celles des multinationales via les paradis fiscaux.

³ « BNP-Paribas va fermer ses filiales dans les paradis fiscaux », Article paru dans Libération.fr, le 29/09/2009.

⁴ Dépêche de France24.fr, le 01/10/2009, <http://www.france24.com/fr/20091001-banques-francaises-sengagenta-quitter-paradis-fiscaux>. « La Fédération française des banques avait pris, au non des établissements qu'elle regroupe, l'engagement de fermer les implantations dans les paradis fiscaux définis en référence à la liste grise de l'OCDE. Les banques françaises ont appliqué cet engagement. » (Monsieur Oudéa, président-directeur général de la Société générale, audition au Sénat, le 17 avril 2012).

Von der ursprünglichen Liste der OECD, die beim Treffen der G20 in London veröffentlicht wurde, ist kaum etwas übrig geblieben. Lediglich drei Gebiete sind noch in der grauen Zone verzeichnet (Guatemala, Niue und Nauru). Die Banken scheinen sich nur wenig für die neue Liste der Gebiete zu interessieren, die das Globale Forum der OECD für Steuertransparenz als besonders intransparent einstuft und die in Cannes veröffentlicht und in Los Cabos aktualisiert wurde. Unter den dreizehn Gebieten dieser Liste sind insbesondere auch die Schweiz und Liechtenstein genannt (s. Anhang 1, S. 31).

In Frankreich wurden die Gesetze seit 2009 durch eine höhere Transparenzanforderung für Banken in Steuerparadiesen und striktere Steuervorschriften für ihre dortigen Tätigkeiten verschärft. Diese Bestimmungen gelten jedoch nur für eine sehr begrenzte Liste der Steuerparadiese. 2012 verzeichnet das Finanzministerium nur noch acht Gebiete, deren Anteil an den Offshore-Finanzmärkten weltweit unter 0,1 % liegt.⁵

Offiziell ist das Problem gelöst

Bislang fiel es den französischen Banken daher nicht schwer, die neuen Rechtsvorschriften einzuhalten. Sie waren in den auf der französischen Liste genannten Ländern bereits kaum vertreten und haben sich aus diesen Regionen nun ganz zurückgezogen. Heute haben sie nur noch zwei Niederlassungen: die BNP-Paribas besitzt noch eine Niederlassung auf den Philippinen sowie in Brunei.⁶ Doch abgesehen von diesen Gebieten ist Transparenz nicht gefragt. Vor dem Untersuchungsausschuss des Senats zur Steuerflucht beteuerten die BNP-Paribas und die Société Générale auf die Frage nach ihrer starken Präsenz in der Schweiz, auf Jersey oder in Luxemburg ihre Unschuld und verwiesen auf den schwammigen Begriff des Steuerparadieses und die Legalität ihrer Tätigkeiten insgesamt⁷ (s. S. 13).

Die Banken konzentrieren zahlreiche Tätigkeiten in intransparenten Ländern mit niedrigen Steuersätzen. Sie verweigern genaue und vergleichbare Angaben über ihre dortigen Geschäfte, auch in den Befragungen durch die Senatoren. Sie betreiben und begünstigen Praktiken der Steuerflucht und der Steuerhinterziehung, die schamhaft „Optimierung“ genannt werden, und nutzen vor allem Gesetzeslücken zwischen den verschiedenen Staaten. Diese Praktiken sind aufgrund der zwischen (Steuer)Betrug und Flucht gezogenen Grenze zwar teilweise legal, im derzeitigen Kontext der Schuldenkrise, der Sparhaushalte und der knappen Mittel zur Bekämpfung der Armut jedoch ethisch verwerflich und sozial inakzeptabel. Eine Gesetzesänderung ist daher dringend geboten.

Um einen Ausweg für das Problem der französischen Liste zu finden, zu dem François Hollande im Übrigen noch immer nicht Stellung genommen hat, muss Frankreich neue Instrumente bereitstellen. Statt gegenüber den Banken weiterhin Forderungen zu erheben, die sich auf zwangsläufig anfechtbare Listen stützen – und diplomatisch heikel sind – sollte die Regierung die Beweislast umkehren. Da die Banken, wie sie behaupten, bei ihren Niederlassungen im Ausland nichts zu verbergen haben, sollten sie bisher nicht verfügbare Informationen zu jedem Land veröffentlichen; dabei wären mindestens das vollständige Verzeichnis der Filialen, die Zahl der Beschäftigten, der Umsatz, die Gewinne und die gezahlten Steuern anzugeben.

⁵ La liste Française ne recense plus que 8 territoires : Botswana, Brunei, Guatemala, Iles Marshall, Montserrat, Niue, Nauru et les Philippines – soit même moins que le forum fiscal mondial de l’OCDE dans son dernier rapport au G20 de Juin 2012, qui cite notamment la Suisse et le Liechtenstein (voir Annexe 1).

⁶ Dans un courrier transmis le 04 juillet 2012, la BNP-Paribas nous a donné des précisions sur la nature de ses activités dans ces deux territoires, sans autre indication chiffrée.

⁷ Messieurs Baudoin Prot, président du groupe BNPParibas et Frédéric Oudéa, président-directeur général du groupe Société Générale ont été auditionnés le 17 avril 2012.

Mit dieser Transparenzmaßnahme könnten die missbräuchlichsten Praktiken der Steuerflucht, für die insbesondere konzerninterne Geschäfte und Verrechnungspreise genutzt werden, verhindert werden. Die Veröffentlichung solcher Angaben wäre ein unverzichtbares Instrument für die französische Steuerverwaltung und würde zudem die Behörden in Entwicklungsländern bei der Durchführung effizienter Steuerprüfungen unterstützen. Sie würde es ferner der Zivilgesellschaft in den Ländern im Süden und im Norden ermöglichen, besser einzuschätzen, wie sich ihre Regierungen um eine gerechte Besteuerung der auf ihrem Gebiet tätigen Unternehmen bemühen.

Die von uns befragten Banken scheinen derzeit jedoch kaum geneigt zu sein, diese wertvollen Informationen weiterzugeben.

Das Jahr 2012 könnte ein entscheidendes Jahr für die Bekämpfung der Steuerparadiese in Frankreich werden

Der Untersuchungsausschuss des Senats, der sich mit Kapitalflucht, Vermögen außerhalb Frankreichs und den steuerlichen Auswirkungen beschäftigt, wird nach sechsmonatiger Arbeit und zahlreichen Anhörungen seine Ergebnisse vorlegen. Er dürfte vielversprechende Wege aufzeigen.⁸

Daneben haben Präsident François Hollande und ein Teil der neu gewählten Abgeordneten konkrete Verpflichtungen übernommen, um Fortschritte bei dieser Frage zu erreichen (s. S. 26).

Die französischen Regionen beschäftigen sich seit etwa zwei Jahren mit dem Thema. Seit Juni 2010 haben sich achtzehn von ihnen verpflichtet, mehr Transparenz von ihren Finanzpartnern zu fordern. Wenn die Banken mitspielen, dürften die Regionen im Laufe des Herbstes Zugang zu nach Ländern untergliederten Schlüsselinformationen erhalten (s. S. 19). Und auch die Mobilisierung der Bürger geht weiter. Hunderte von Briefen an Banken und Fragen bei den regionalen Hauptversammlungen verpflichten die Finanzinstitute, ihrer Verantwortung bei der Besteuerung gerecht zu werden. Für die Banken ist dies eine Neuheit, ihre Antworten fallen allzu häufig sehr knapp aus. Unter dem Druck der Bürger könnte sich das jedoch ändern. Die großen Banken können sich nicht den Luxus leisten, Kunden zu verlieren oder als Meister der Steuerflucht zu gelten, nachdem das Privatkundengeschäft einige Banken im Jahr 2011 vor Defiziten bewahrt hat.

Vorgehensweise bei der Erarbeitung des Berichts

Ende Mai 2012 wandte sich CCFD-Terre Solidaire schriftlich an die wichtigsten französischen Bankengruppen⁹ und befragte sie zu ihrer Präsenz in Steuerparadiesen, ihrem Geschäftsverkehr mit den französischen Regionen sowie dazu, wie sie ihre steuerlichen Verpflichtungen als Gruppe und gegenüber ihren Kunden wahrnehmen (s. Anhang 2 S. 33). Darüber hinaus wurde ein Fragebogen an die kommunalen Abgeordneten und die Mitarbeiter der Finanzdirektionen in den französischen Regionen verschickt, mit denen CCFD-Terre Solidaire bereits in Verbindung stand. Die Übersicht über die Präsenz der Banken in den Steuerparadiesen wurde anhand der Daten ausgearbeitet, die die Banken in ihren Referenzdokumenten 2012 (für das Geschäftsjahr 2011) und auf ihren Websites veröffentlicht hatten.

⁸ Les organisations de la plateforme paradis fiscaux et judiciaires ont d'ailleurs eu l'occasion de présenter leurs travaux aux sénateurs, le 24 avril 2012.

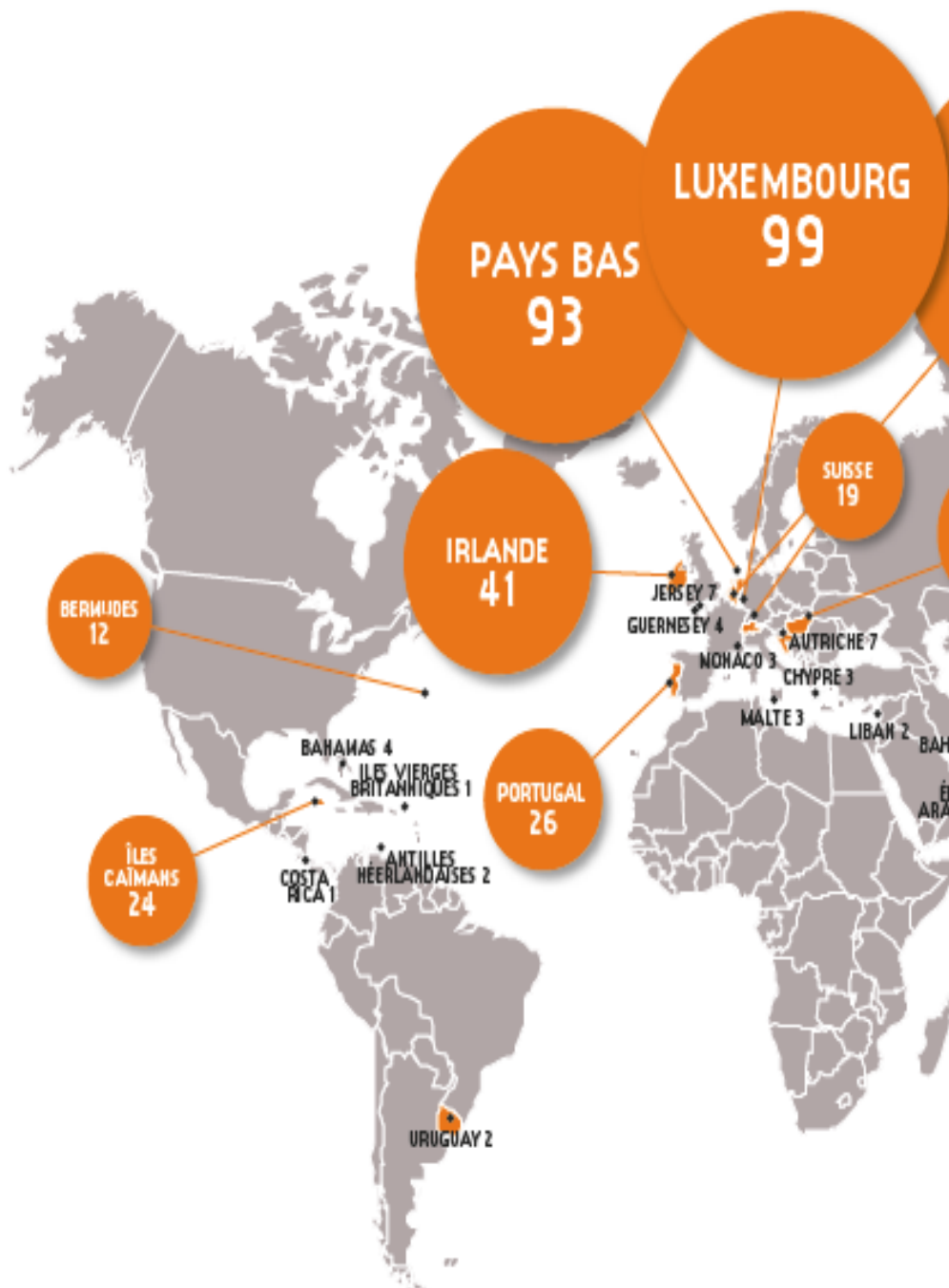
⁹ Banque Postale, BNP-Paribas, Banque Populaire Caisse d'Épargne (BPCE), Crédit Mutuel-Crédit Industriel et Commercial (CM CIC), Crédit Agricole, Crédit Coopératif et Société Générale. Dexia étant en cours de démantèlement, nous avons interrogé la Banque Postale sur les dispositions prévues en vue de l'absorption d'une partie de ses activités.

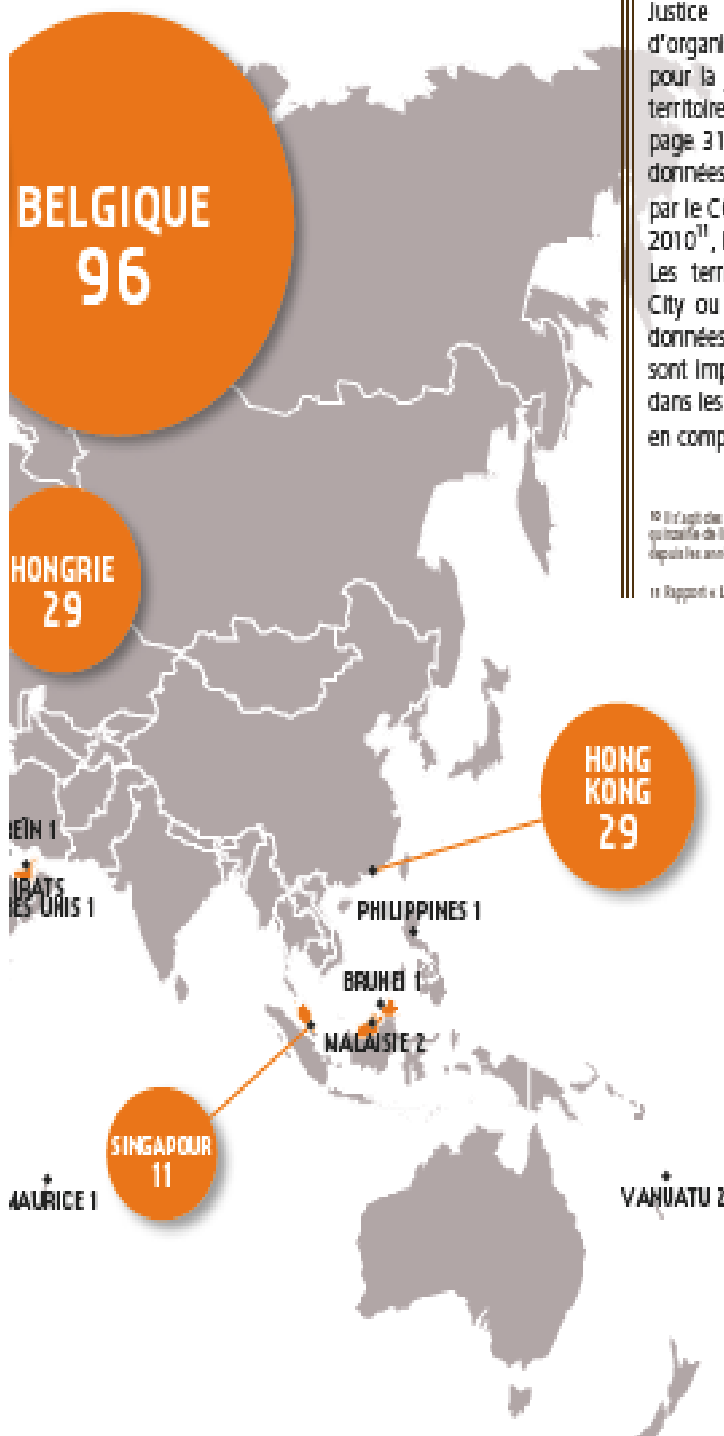
CCFD-Terre Solidaire ergänzte diese Informationen um die Sitzungsberichte des Untersuchungsausschusses des Senats zur Steuerflucht und einigen kürzlich in der Presse erschienenen Artikeln.

TEIL 1

Französische Banken und Steuerparadiese 2012

Bevorzugte Steuerparadiese
der französischen Banken





Le CCFD-Terre Solidaire utilise comme liste de référence des paradis fiscaux l'indice d'opacité financière du Tax Justice Network (réseau d'experts et d'organisations de la société civile mobilisé pour la justice fiscale) qui comporte 60 territoires¹⁰ (voir le tableau en annexe 1 page 31). Afin de pouvoir comparer les données actuelles avec celles publiées par le CCFD-Terre Solidaire en décembre 2010¹¹, l'indice utilisé est celui de 2009. Les territoires spécifiques tels que La City ou le Delaware, pour lesquels les données détaillées sur les filiales qui y sont implantées ne sont pas disponibles dans les rapports, n'ont pas pu être pris en compte.

¹⁰ Il s'agit de territoires répertoriés au moins deux fois dans une enquête de filiales par les organisations et les auteurs spécialisés depuis les années 1970.

¹¹ Rapport « L'Économie Débordante », op. cit.

Als Referenzliste für die Steuerparadiese verwendet CCFD-Terre Solidaire den Schattenfinanzindex des Internationalen Netzwerks für Steuergerechtigkeit (Tax Justice Network) (ein Netz von Experten und Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich für Steuergerechtigkeit einsetzen), das 60 Gebiete¹⁰ umfasst (siehe die Übersicht in Anhang 1, S. 31). Um die aktuellen Daten mit den Daten vergleichen zu können, die CCFD-Terre Solidaire im Dezember 2010 veröffentlicht hat,¹¹ wurde der Index von 2009 verwendet. Besondere Gebiete wie die Londoner City oder Delaware, zu denen die Berichte keine detaillierten Informationen über die dortigen Niederlassungen enthalten, konnten nicht berücksichtigt werden.

¹⁰ Il s'agit des territoires retenus au moins deux fois dans une quinzaine de listes par les organisations et les auteurs spécialisés depuis les années 1970.

¹¹ Rapport „*L'économie Débousolée*“, op. cit.

Präsenz der französischen Banken in Steuerparadiesen

	Banque postale	BNP-Paribas	BPCE	CM-CIC ¹²	Crédit Agricole	Crédit Coopératif	Société Générale	Insgesamt
Niederländische Antillen		1					1	2
Österreich		4	1		2			7
Bahamas		3			1			4
Bahrein		1						1
Belgien		77	4		9	1	5	96
Bermudas		7			4		1	12
Brunei		1						1
Zypern		2			1			3
Costa Rica			1					1
Vereinigte Arabische Emirate		1						1
Guernsey		4						4
Hongkong		22			3		4	29
Ungarn		29						29
Kaimaninseln		22 ¹³			1		1	24
Britische Jungferninseln		1						1
Irland		26			7		8	41
Jersey		5					2	7
Libanon			1				1	2
Luxemburg		61	2		22		14	99
Malaysia (Labuan)		2						2
Malta		2	1					3
Mauritius			1					1
Monaco		1			1		1	3
Niederlande		51			34		8	93
Philippinen		1						1
Portugal (Madeira)		17			8		1	26
Singapur		8 ¹⁴			3			11
Schweiz		10 ¹⁵			7		2	19
Uruguay		1			1			2
Vanuatu			2					2
Niederlassungen insgesamt in Finanzparadiesen		360	13		104	1	49	527¹⁶
Anzahl der Niederlassungen des Unternehmens		1409	308		525	37	276¹⁷	2555
Anteil der Niederlassungen in Finanzparadiesen		25,5 %	4 %		20 %	2,7 %	18 %	20,62 %

Was die Banken betrifft, zu denen uns im Dezember 2010 Angaben vorlagen,¹⁸ so hat die Anzahl ihrer Niederlassungen in den Steuerparadiesen zugenommen (513 gegenüber zuvor

¹² Le groupe CM-CIC, dans son rapport d'activité, publie une liste de 218 filiales, sans donner d'indication précise sur les pays d'implantation. Nous n'avons donc pas pu lister l'ensemble de ses filiales dans les paradis fiscaux. En devinant le pays d'implantation à partir du nom des filiales nous avons tout de même recensé : 1 aux Bahamas, 3 en Belgique, 1 aux Emirats Arabes Unis, 2 à Hong Kong, 1 en Hongrie, 1 au Liban, 1 au Liechtenstein, 2 au Luxembourg, 1 à Monaco, 2 à Singapour, 4 en Suisse et 1 en Uruguay.

¹³ Seulement 12 selon M. Baudoin Prot, président du groupe BNP-Paribas lors de son audition au Sénat, op. cit. (17 avril 2012).

¹⁴ Seulement 4 selon M. Baudoin Prot, op. cit. (17 avril 2012).

¹⁵ Seulement 8 selon M. Baudoin Prot, op. cit. (17 avril 2012).

¹⁶ Ou 547 si on ajoute les 20 filiales recensées a minima pour CM-CIC.

¹⁷ Le document de référence 2012 indique 276 sociétés retenues dans le périmètre de consolidation. Néanmoins, d'après le document de communication financière de 2011, ce nombre atteignait plus de 800 filiales.

¹⁸ Rapport „L'économie Débousolée“, op. cit., p. 54.

494). Die Anzahl der Niederlassungen der BNP-Paribas stieg von 347 auf 360,¹⁹ die der Société Générale von 40 auf 49. Lediglich der Crédit Agricole hat die Anzahl ihrer Niederlassungen von 107 auf 104 verringert.

Zu den Gebieten, in denen die Anzahl der Filialen am stärksten zunahm, gehören die Niederlande, Hongkong, die Bermudas, Luxemburg und Irland.

Stillstand bei den derzeitigen Rechtsinstrumenten

Offiziell ist das Problem gelöst. In den Tätigkeitsberichten der Banken wird die Frage der Steuerparadiese nun in ein bis zwei Absätzen behandelt, die noch verbleibenden Tätigkeiten in den von Frankreich festgelegten, nicht kooperativen Staaten und Gebieten werden aufgeführt; die Banken erklären, die Bestimmungen zur Bekämpfung der Geldwäsche²⁰ einzuhalten. Bei ihrer Anhörung durch den Untersuchungsausschuss wiederholten die Direktoren der BNP-Paribas und der Société Générale immer wieder, die Banken konzentrierten sich auf reale Tätigkeiten zur Finanzierung der Wirtschaft, sämtliche Geschäfte hätten eine „wirtschaftliche Grundlage“.

Wir würden ihnen nur zu gern glauben. Im Augenblick sind die wenigen Zahlen, die während der Anhörung vorgelegt wurden, schwer zu interpretieren und vor allem zu vergleichen. Herr Baudoin Prot, Präsident der Gruppe BNP-Paribas, hat den effektiven Körperschaftsteuersatz nur für einige wenige Länder angegeben (24 % in Frankreich – gegenüber 29,1 % im Jahr 2010, 28 % in Belgien, 16 % in Luxemburg, 26 % in Hongkong und 19 % in Singapur). Als Nominalwert nannte er dagegen einen Gesamtbetrag von 800 Millionen Euro Körperschaftsteuer in Frankreich für die Jahre 2010 und 2011, den er nicht näher aufschlüsselte. Auf der konsolidierten Ebene gab er keine Prozentzahl an, sondern erklärte lediglich, die Gruppe habe 2, 757 Milliarden Euro Körperschaftsteuer weltweit gezahlt, die Einnahmen hätten bei knapp 40 Milliarden Euro gelegen. Herr Oudéa, Generaldirektor der Société Générale, gab für die Gruppe lediglich einen effektiven Steuersatz von 30,9 % im Jahr 2011 an (gegenüber 26,4 % im Jahr 2010) und räumte ein, man berücksichtige steuerliche Aspekte bei den Überlegungen und bemühe sich wie jedes Unternehmen, die Steuerbelastung unter Einhaltung aller Vorschriften zu optimieren.²¹

Ihren eigenen Worten zufolge können ihre hauptsächlich immateriellen Tätigkeiten heute weitgehend verlagert werden, unabhängig von der Nationalität der Kunden. Die Auswahl des Landes der Niederlassung hängt insbesondere von den Steuervorschriften und den Regeln der finanziellen Sorgfalt ab.

„Ein Bankunternehmen, ich vereinfache hier extrem, das sind Personen und Hardware.“

„Entscheidend ist, dass die Banken hier einer besonderen Schwierigkeit gegenüberstehen: sie haben nicht, wie beispielsweise Industrieunternehmen, an einem Ort niedergelassene Betriebe und verkaufen wie diese nur auf lokalen Märkten. Die Tätigkeiten der Banken, vor allem

¹⁹ Ce sont du moins les chiffres qui ressortent du document de référence et rapport financier annuel 2011 de la BNP-Paribas disponible sur son site internet. La réponse envoyée par la BNPParibas par mail au CCFD-Terre Solidaire le 4 juillet indique d'autres données (voir note de bas de page n°36).

²⁰ Lors de la dernière révision de ses recommandations, le GAFI (Groupe d'Action Financière) a ajouté la fraude fiscale dans la liste des infractions sous-jacentes au blanchiment d'argent. En France, cette exigence existe de facto depuis 2009, ce qui signifie que les banques sont obligées de faire des déclarations de soupçon sur les fonds issus de la fraude fiscale. Lors de leur audition devant les sénateurs Messieurs Frédéric Oudéa et Baudoin Prot ont assuré que leurs banques réalisaient de telles déclarations de soupçons à TRACFIN (Traitement du Renseignement et Action contre les Circuits Financiers clandestins) y compris pour la fraude fiscale. Seul Monsieur Oudéa a donné une estimation de la part des déclarations qui intègre des éléments sur la fiscalité (un tiers).

²¹ Frédéric Oudéa, op.cit., 17 avril 2012.

alles, was in den Tätigkeitsbereich einer Finanzierungs- und Investitionsbank (BFI) fällt, sind international. Wir können beispielsweise einen Kunden mit Hilfe von Ressourcen beraten, die sich an einem weit von ihm entfernten Ort befinden. Auch bei den Börsenmärkten, die nicht in allen Ländern bestehen, **werden die Geschäfte an einem Ort abgewickelt, die so genannten „Buchungszentren“ liegen möglicherweise an einem ganz anderen Ort. Das Problem besteht nun darin, unsere Wirtschaftstätigkeit in jedem Staat angemessen wiederzugeben.** Deshalb berücksichtigen wir sowohl die von den Kunden dieses Landes erzielten Einkünfte als auch die Zuordnung der Aufwendungen, insbesondere in Hinblick auf die Personalkosten.²² Die Ausführungen von Herrn Oudéa könnten nicht deutlicher sein. Die Bank hat also einen äußerst breiten Spielraum bei der Zuordnung ihrer Tätigkeit – und damit ihrer Gewinne. Doch wie sollen die tatsächlichen Tätigkeiten und Gewinne jeder Filiale beurteilt werden, wenn keine länderspezifischen Informationen gefordert werden, wie die Anzahl der Beschäftigten und die in jeder Niederlassung erzielten Gewinne? Hat Herr Baudouin im Falle von Jersey nicht selbst eingeräumt, dass bestimmte Tätigkeiten von anderen Niederlassungen aus verwaltet wurden?

„Jersey ist vor allem im Bereich Verwaltung und Verwahrung von Vermögenswerten tätig. Wir wickeln dort im Wesentlichen operationelle Tätigkeiten der Fondsverwaltung und der Verwahrung ab (...). Die Tätigkeiten in Jersey haben beträchtlichen Umfang; sie werden im Übrigen von London aus überwacht und sind London direkt unterstellt.“²³

Worin bestehen die Kriterien für die Auswahl des Orts der Niederlassung?

„Der Ort der Niederlassung hat in diesem Fall sicherlich keine große Bedeutung, das Produkt kann überall produziert werden. Was in dieser Hinsicht künftig jedoch von Bedeutung sein wird, ist folgendes Kriterium: Sind die Vorschriften überall die gleichen? Gibt es benachteiligende Vorschriften an diesem oder jenem Finanzplatz?“²⁴

Dieser Auszug aus der Anhörung von Herrn Oudéa spricht Bände. Erklärt er den Abgeordneten der Nation, die immer noch mit den verhängnisvollen Auswirkungen der Finanzkrise befasst sind, hier etwa nicht, Hauptkriterien für eine Niederlassung der Société Générale seien nicht nur möglichst niedrige Steuersätze, sondern auch laxe Finanz- und Steuervorschriften?

Die BNP-Paribas sagt in ihrer Antwort vom 4. Juli 2012 nichts Anderes: „Es verbleiben also 35 Zweigstellen in acht Ländern, die als Steueroasen gelten können: die Britischen Jungferninseln, die Niederländischen Antillen, Uruguay, die Bahamas – unsere Filialen in diesen Ländern werden derzeit alle abgewickelt – Jersey, Guernsey, die Kaimaninseln und die Bermudas. Die Präsenz in diesen Ländern hat häufig rechtliche und keine steuerlichen Gründe. So haben auf den Kaimaninseln 10 von 18 Einrichtungen ihren steuerlichen Sitz in den Vereinigten Staaten oder im Vereinigten Königreich, die übrigen erwirtschaften kein Ergebnis.“²⁵

Was ihre Kunden betrifft, so weisen es die Banken zurück, die Eröffnung nicht gemeldeter Konten im Ausland zu unterstützen, und geben an, keine Beratung durchzuführen. Herr Baudouin Prot erklärte vor dem Senat: „Ein Grundsatz der BNP-Paribas lautet, in keiner Weise Verhaltensweisen zu fördern, die der Kapitalflucht oder dem Steuerbetrug vergleichbar sind. (...) Als Finanzinstitut ist es uns insbesondere untersagt, Leistungen der Steuerberatung

²² Ibid.

²³ M. Baudouin Prot, op.cit. , 17 avril 2012. Retranscription d'un extrait vidéo disponible sur www.challenges.fr

²⁴ Frédéric Oudéa, op. cit., 17 avril 2012.

²⁵ Courrier de la BNP-Paribas au Délégué Général du CCFD Terre Solidaire, Bernard Pinaud, le 4 juillet 2012.

zu erbringen.“ Er fügte später hinzu, wolle ein Kunde seinen Steuersitz ändern, müsse er initiativ werden. Die Bank fördere in keiner Weise diese Art von Instrumenten unter ihren französischen Kunden.²⁶

Doch der Begriff der Steuerberatung ist wohl doch zu vage, um die Gespräche vorwegnehmen zu können, die tatsächlich zwischen einem Kunden und seinem Berater stattfinden. Den Worten von Jean Clamon zufolge, Generalbeauftragter, zuständig für die Konformität und die Koordinierung der internen Kontrolle bei der BNP-Paribas, können bestimmte Produkte, wie das „Livret A“, das nicht steuerpflichtig ist, steuerliche Eigenschaften haben, auf die sie ihre Kunden selbstverständlich aufmerksam machen.²⁷ Doch wie kann die Bewerbung der steuerlichen Vorteile bestimmter Produkte eindeutig von einer Steuerberatung bei komplexeren Operationen oder Konzepten abgegrenzt werden?

Herr Oudéa hat bei seiner Anhörung wiederholt auf den „Verhaltenskodex zu Steuerfragen“ hingewiesen, den die Société Générale 2010 eingeführt hat, und in dem sich die Bank insbesondere verpflichtet, keine Geschäfte vorzusehen oder vorzuschlagen, die allein auf steuerliche Aspekte ausgerichtet sind.²⁸ Doch gilt das auch für Geschäfte, die teilweise steuerliche Ziele haben?

In ihrem Schreiben an die BNP-Paribas vom 29. Mai 2012 fragte CCFD-Terre Solidaire konkret nach den Dokumenten, die die Zeitung „Libération“²⁹ eine Woche zuvor veröffentlicht hatte.³⁰ Das erste Dokument, aus dem Jahr 2009, ist nichts Anderes als ein interner Leitfaden des Schweizer Unternehmenszweigs „Vermögensverwaltung“. Es enthält schlüsselfertige Lösungen zur Umgehung verschiedener Steuern („Optimierung der Steuern“) vor dem allgemeinen Hintergrund einer Einschränkung des Bankengeheimnisses. In dem Dokument wird die Qualität der Dienstleistungen angepriesen, die Steuerplaner kostenlos (da sie nicht verkauft werden können)³¹ anbieten, und insbesondere erläutert, wie komplexe Unternehmensstrukturen in Steuerparadiesen oder allerlei Arten undurchsichtiger rechtlicher Strukturen genutzt werden können, die sicherstellen, dass die eigentlichen Eigentümer anonym bleiben. Dabei werden vor allem Jersey, die Bahamas, Liechtenstein, Panama, die Niederländischen Antillen, Luxemburg, die Britischen Jungferninseln, die Niederlande, die Schweiz und Hongkong genannt, das heißt Gebiete, die undurchsichtige Finanzstrukturen aufweisen beziehungsweise Steuerbefreiung oder geringe Besteuerung bestimmter Tätigkeiten anbieten, die von der BNP-Paribas jedoch keinesfalls als Steuerparadiese betrachtet werden.³² Das zweite Dokument aus dem Jahr 2010 wendet sich offensichtlich direkt an die Kunden und erläutert die neuen Möglichkeiten, die Stiftungen auf Jersey anbieten, echte „Lösungen für alle besonderen Bedürfnisse bei der Vermögensverwaltung“. Betont wird vor allem die äußerste Diskretion bei dieser Art von Instrument. Am Ende des Dokuments heißt es zwar, die BNP-Paribas dürfe keine Leistungen der Steuer- oder

²⁶ Baudouin Prot, op. cit., 17 avril 2012.

²⁷ Jean Clamon, Audition à la commission d'enquête du Sénat sur l'évasion des capitaux et des actifs hors de France et ses incidences fiscales, 17 avril 2012.

²⁸ Frédéric Oudéa, op. cit., 17 avril 2012.

²⁹ « Grande fortune : le guidage BNP-Paribas pour l'emporter aux paradis », article de Nicolas Cori, paru sur Libération.fr, le 22 Mai 2012.

³⁰ Nous avons reçu une première réponse partielle de la BNP-Paribas, le 04 juillet 2012, qui ne mentionne pas ce point mais nous aborderons certainement le sujet lors d'un rendez vous qui nous est accordé le 20 juillet prochain.

³¹ Voir page 8 du document: "Tax planners are obviously subject to legal constraints. Do not have the status of tax layers: only give recommendations. Their recommendations should be validated by external lawyers and our tax planners can refer layers to the clients or work in cooperation with client's

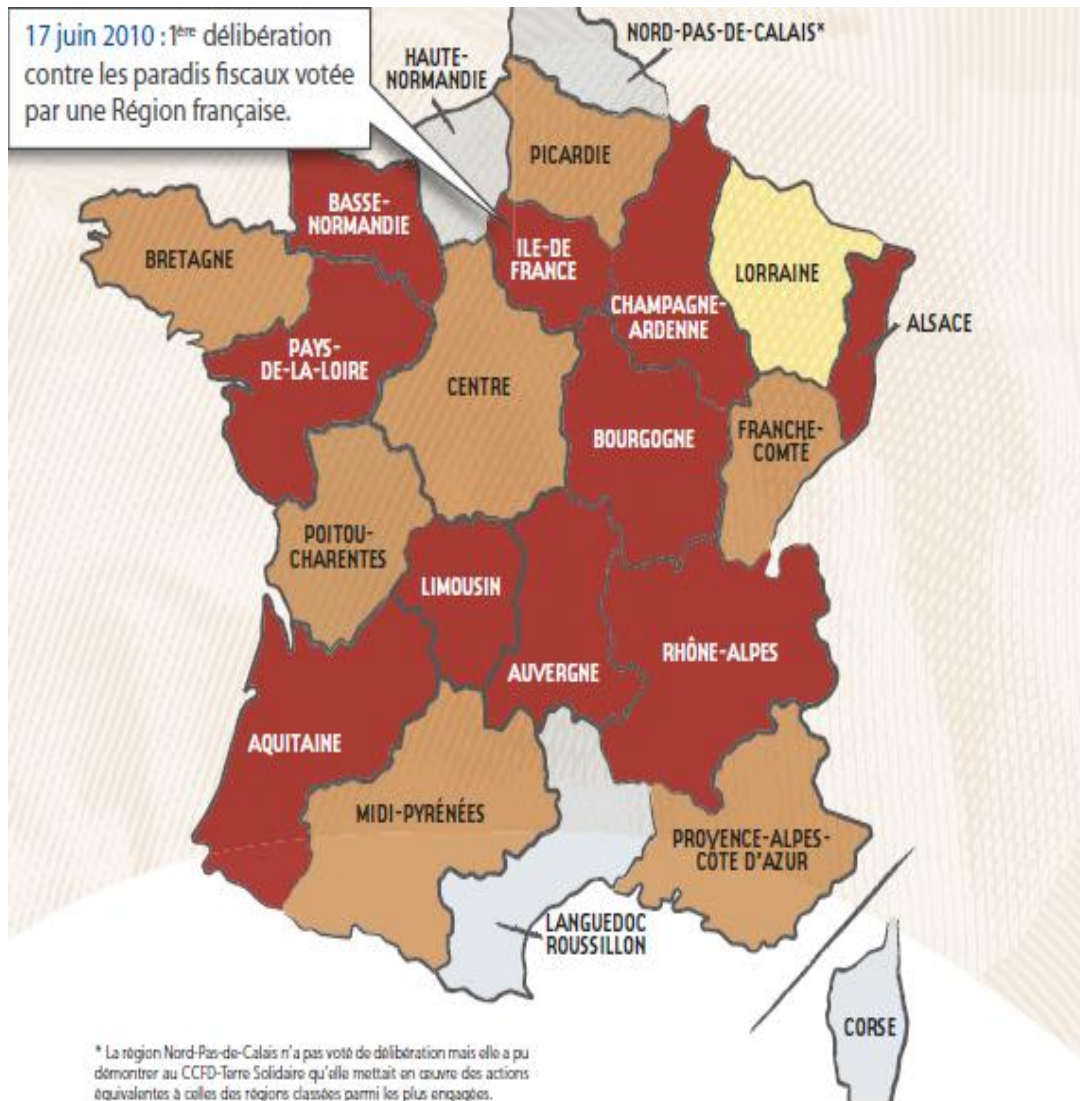
advisors. Consequently, tax and estate planners do not charge fees to the clients; they are a high value service freely provided to them."

³² « Nous considérons qu'il n'est pas raisonnable d'assimiler des pays de l'Union européenne à des paradis fiscaux », M Baudouin Prot, op. cit.

Rechtsberatung erbringen, doch kann nicht allein aus diesem Hinweis der Schluss gezogen werden, eine solche Stiftung ermögliche Steuerersparnisse?

Was geschieht in den Regionen?

KARTE DER REGIONEN, DIE SICH GEGEN STEUERPARADIESE ENGAGIEREN (Stand: 1. Juli 2012)



17. Juni 2010: Erster Beschluss einer französischen Region gegen Steuerparadiese

* Die Region Nord-Pas-de-Calais hat keinen Beschluss gefasst, jedoch CCFD-Terre-Solidaire nachweisen können, dass sie Maßnahmen umsetzen wird, die denen der aktivsten Regionen gleichkommen.

SEHR AKTIV (rot)

Die Region hat einen Beschluss gefasst, das heißt eine verbindliche Maßnahme gegen Steuerparadiese beschlossen. Sie sieht eine Transparenzanforderung und eine **nach Ländern**

Banken und Steuerparadiese: Wie die französischen Regionen besser für Transparenz sorgen als die G20 / **ccfd-terre solidaire**

untergliederte Berichterstattung für die Banken vor, mit denen sie zusammenarbeitet. Diese länderspezifische Berichterstattung bei der Buchführung der Unternehmen soll es ermöglichen, die tatsächlichen Tätigkeiten des Unternehmens **in allen Gebieten** bekannt zu machen, in denen es niedergelassen ist und festzustellen, ob sein steuerlicher Beitrag in Hinblick auf das von ihm erwirtschaftete Vermögen gerecht ist.

AUF DEM RICHTIGEN WEG (rosa)

Die Region hat einen Beschluss gegen die Steuerparadiese gefasst, fragt die Banken aber lediglich, ob sie in den Steuerparadiesen präsent sind, die Frankreich aufgelistet hat.

HABEN EINEN ERSTEN SCHRITT GETAN (gelb)

Die Region hat eine Resolution zur Bekämpfung der Steuerparadiese angenommen. Diese Maßnahme hat symbolische Bedeutung, da es sich um eine politische Erklärung handelt, die nicht verbindlich ist.

NOCH ALLES OFFEN (hellblau)

Die Regionen haben unseren Informationen zufolge noch nicht offiziell Stellung bezogen.

Die Regionen, die seit 2009 im Rahmen der Kampagne „Stoppt Steuerparadiese“³³ und insbesondere während des Wahlkampfs für die Regionalwahlen 2010 befragt wurden, sind ihrer Verantwortung nachgekommen und haben neue Transparenzbestimmungen für ihre Finanzierungsgeschäfte angenommen. Das von ihnen beschlossene Vorgehen, mit dem sie Pionierarbeit in Europa leisten, könnte in diesem Jahr erste Früchte tragen.

Soweit uns bekannt ist, engagieren sich künftig achtzehn Regionen für die Bekämpfung der Steuerparadiese. Elf von ihnen fordern von ihren Finanzpartnern sechs Monate nach der Vorlage der Jahresabschlüsse die Veröffentlichung genauer länderbezogener Informationen zu allen Gebieten, in denen die Gruppe präsent ist. Folgende Angaben müssen gemacht werden: Firmenbezeichnung, unter der die Niederlassungen arbeiten, ihre Tätigkeiten, gemeldeter Umsatz und Jahresergebnis, Anzahl der Beschäftigten, an örtliche Behörden gezahlte Steuern und Abgaben.

Da die im Jahr 2010 gefassten Beschlüsse 2011 erstmals wirksam sind, müssten die Banken diese Angaben spätestens im Herbst 2012 vorlegen, das heißt sechs Monate nach der Veröffentlichung ihrer Abschlüsse. Die Regionen dürften daher Ende dieses Jahres Bilanz ihrer Maßnahmen ziehen können.

Werden die Beschlüsse in den Regionen umgesetzt?

Auch wenn es schwierig ist, Rückmeldungen von allen Regionen zu erhalten, wissen wir doch, dass mehrere von ihnen von ihren Partnerbanken bei Finanzierungsgesprächen oder zu einem späteren Zeitpunkt schriftlich sehr präzise Informationen angefordert haben, vor allem die Regionen Alsace, Pays de la Loire, Champagne Ardennes und Nord Pas de Calais. Die beiden letztgenannten haben ganz konkret detaillierte Buchführungsdaten zu den Tätigkeiten der Partner-Bankengruppen in den von Frankreich verzeichneten, nicht kooperativen Ländern und Gebieten („États et Territoires Non Coopératifs“, ETNC), aber auch in anderen, als kooperativ geltenden Ländern und Gebieten gefordert.

Den Rückmeldungen einiger Regionen zufolge haben die Banken bislang nicht den geforderten Beitrag geleistet. Die Mehrzahl schickte enttäuschende Antworten, übermittelte lediglich die bereits in ihren Tätigkeitsberichten veröffentlichten Informationen und ignorierte die präzisieren Anfragen der Regionen. Einige behaupteten gar fälschlicherweise, die betreffende Regionalbank habe keine Niederlassungen im Ausland, und gaben vor, nicht verstanden zu haben, dass diese Informationen auf der Ebene des Konzerns vorgelegt werden müssen.

Im September 2011 leitete die Region Champagne Ardennes eine „Untersuchung zur finanziellen Transparenz“ ein, deren Ergebnisse bei der Plenartagung des Regionalrats im Dezember 2011 vorgelegt wurden. Fünf der sechs kontaktierten Banken hatten geantwortet (HSBC, Dexia, Société Générale, CACEIS (Niederlassung des Crédit Agricole) und BMCE (Niederlassung des Crédit Mutuel Arkéa)), ohne jedoch auf ihre Präsenz in den Ländern und Gebieten einzugehen, die nicht auf der Schwarzen Liste Frankreichs genannt sind. Wir wissen jedoch, dass die französische Liste sehr knapp gefasst ist. Die Caisse d'épargne Lorraine Champagne Ardennes antwortete überhaupt nicht (s. Übersichtstabelle S. 22-23).

³³ Pour d'autres informations sur cette campagne et sur les membres de la plateforme paradis fiscaux et judiciaires : <http://www.stopparadisfiscaux.fr/>

WEITERE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN BETEILIGEN SICH

Die Ansätze der Regionen sind bei vielen anderen lokalen Gebietskörperschaften auf großes Interesse gestoßen und machen in Frankreich wie auch im Ausland Schule. Nach Ansichten der kommunalen Abgeordneten, die beträchtliche Schwierigkeiten bei der Finanzierung bewältigen müssen und zuweilen mit toxischen Anleihen konfrontiert sind, müssen die Gebietskörperschaften eine Vorbildrolle übernehmen, um Garantien für Transparenz und steuerliche Verantwortung zu fordern und die derzeitigen Vorschriften zu verschärfen.

DIE REGIONEN

SEHR AKTIV	AUF DEM RICHTIGEN WEG	EIN ERSTER SCHRITT
ÎLE DE FRANCE (17. JUNI 2010)	POITOU CHARENTES (28. Juni 2010)	LORRAINE (28. JAN. 2011)
AUVERGNE (25. Juni 2010)	MIDI PYRÉNÉES (28. JUNI 2010)	
RHÔNE ALPES (8. Juli 2010)	PROVENCE ALPES CÔTE D'AZUR (28. Juni 2010)	
CHAMPAGNE ARDENNES (25. OKT. 2010)	FRANCHE COMTÉ (29. OKT. 2010)	
ALSACE (29. OKT. 2010)	BRETAGNE (10. FEB. 2011)	
BOURGOGNE (29. NOV. 2010)	PICARDIE (30. SEPT. 2011)	
AQUITAINE (20. DEZ. 2010)	CENTRE (15. DEZ. 2011)	
PAYS DE LA LOIRE (30. JUNI 2010)		
BASSE NORMANDIE (15. DEZ. 2011)		
LIMOUSIN (28. JUNI 2011)		
NORD PAS DE CALAIS: KEIN BESCHLUSS, ABER UMSETZUNG DER LÄNDERBEZOGENEN TRANSPARENZMASSNAHME		

DIE REGIONALRÄTE

SEHR AKTIV	AUF DEM RICHTIGEN WEG	EIN ERSTER SCHRITT
	ESSONNE (30. JAN. 2012)	HÉRAULT (5. MÄRZ 2012)

DIE STÄDTE

SEHR AKTIV	AUF DEM RICHTIGEN WEG	EIN ERSTER SCHRITT
LA CHAPELLE SUR ERDRE (17. DEZ. 2010)	BESANÇON (23. NOV. 2011)	PARIS (NOV. 2010)
WATTWILLER (24. NOV. 2011)	WITTENHEIM (12. DEZ. 2011)	CAEN (7. NOV. 2011)
KINGERSHEIM (1. FEB. 2012)		PONTARLIER (7. DEZ. 2011)
RIBEAUVILLÉ (29. MÄRZ 2012)		LILLE MÉTROPOLE (8. DEZ. 2011)
		COMMUNAUTÉ D'AGGLOMÉRATION DE BORDEAUX

AUF INTERNATIONALER EBENE

Lokale Gebietskörperschaften lassen sich bei der Durchführung ähnlicher Maßnahmen von der Initiative der französischen Regionen anregen. In Finnland hat die Stadt Helsinki eine Resolution angenommen. Die Stadt Kalmar in Schweden hat ebenfalls eine Klausel zu Steuerparadiesen für seine öffentlichen Aufträge vorgesehen, ein ähnliches Vorhaben wird derzeit in Malmö geprüft. Ferner wurde in Norwegen eine Bürgerkampagne gestartet, um die lokalen Gebietskörperschaften zu befragen.

TEIL 3

Das Gesetz des Schweigens: Zusammenfassung der Antworten der Banken

CCFD-Terre Solidaire hat im Rahmen dieses Berichts Schreiben an sieben französische Banken verschickt und ihnen fünf konkrete Fragen zu ihrer Präsenz in Steuerparadiesen, ihrer steuerlichen Verantwortung und zur Transparenz ihrer Tätigkeiten gestellt (s. Anhang 2, S. 33). In dieser Übersicht sind die bislang eingegangenen Antworten zusammengefasst.

	BANQUE POSTALE	BNP-PARIBAS	BPCE
Antwort auf unser Schreiben von Ende Mai 2012	Nein	Erster telefonischer Termin mit François Villeroy de Galhau am 4.7.2012, anschließend Versand von Dokumenten per Mail. Weiterer Termin am 20. Juli 2012 geplant.	Nein
Anzahl der Antworten auf unsere fünf Hauptfragen	0	1	0
Anteil der Niederlassungen in Steuerparadiesen (laut unserer eigenen Recherchen)	Keine Niederlassungen im Ausland, zumindest vor der Übernahme bestimmter Tätigkeiten der Dexia	25,5%	4%
Anteil der Niederlassungen in Steuerparadiesen (Liste TJN 2009) laut Banken	NC	21,9% ³⁴	NC
Steuerliche Verantwortung der Gruppe	NC	NC Veröffentlichte Informationen: 3 Zeilen in der Charta „Notre métier notre responsabilité“	NC
Transparenz gegenüber Regionen (Antwort der Banken)	NC	NC	NC
Transparenz gegenüber Regionen (Antwort der Region Champagne Ardennes)	Kein Kontakt - Dexia hatte auf das erste Schreiben mit Übersendung des Referenzdokuments 2010 reagiert. Keine Antwort zu länderspezifischer Transparenz für alle Gebiete	Kein Kontakt	Die Caisse d'épargne Lorraine Champagne hat keinerlei Antwort übermittelt
Verantwortung in Hinblick auf Einhaltung der Steuervorschriften durch die Kunden	NC	NC Online-Veröffentlichung eines Fragebogens zur Bekämpfung der Geldwäsche	NC
Bereitschaft, freiwillige Schritte bei länderspezifischer Transparenz einzuleiten	NC	NC	NC

³⁴ « A fin 2011, ce nombre a diminué à 341, dont 32 filiales cédées, liquidées, dissoutes ou fusionnées. Le nombre de filiales en activité est donc aujourd'hui de **309**. Ces 309 entités se répartissent entre trois grandes catégories de pays : **126** de ces filiales sont situées dans deux pays devenus domestiques pour le groupe BNP-Paribas, suite à l'acquisition de Fortis : la Belgique (73 filiales) et le Luxembourg (53 filiales) (...); **148** de ces filiales sont situées dans des pays européens (Pays-Bas, Suisse, Autriche, etc...) ou des centres commerciaux importants du Golfe ou d'Asie (Hong-Kong et Singapour). (...); **35** filiales situées dans huit pays qui peuvent être considérés comme à fiscalité privilégiée : Iles Vierges Britanniques, Antilles Néerlandaises, Uruguay, Bahamas – nos entités dans ces quatre pays sont toutes en cours de liquidation –, Jersey, Guernesey, Iles Caïmans et Bermudes » (extrait de la réponse de la BNP-Paribas du 04 juillet 2012).

	CM-CIC	CRÉDIT AGRICOLE	CRÉDIT COOPÉRATIF	SOCIÉTÉ GÉNÉRALE
Antwort auf unser Schreiben von Ende Mai 2012	Nein	Antwort per Mail	Antwort per Mail	Nein
Anzahl der Antworten auf unsere fünf Hauptfragen	0	1	5	0
Anteil der Niederlassungen in Steuerparadiesen (laut unserer eigenen Recherchen)	NC	20%	2,7%	18%
Anteil der Niederlassungen in Steuerparadiesen (Liste TJN 2009) laut Banken	NC	NC	0	NC
Steuerliche Verantwortung der Gruppe	NC	NC	Leitlinien „Steuer- und Rechtsparadiese“ (mit Liste von 47 sehr intransparenten Gebieten außerhalb der EU, aus der TJN-Liste), die für die Niederlassungen und für Tätigkeiten auf eigene Rechnung gelten	NC – Veröffentlichte Informationen: Verhaltenskodex zu Steuerfragen, angenommen 2010, besondere Überwachung bestimmter Länder, die zuvor auf der Grauen Liste der OECD genannt waren
Transparenz gegenüber Regionen (Antwort der Banken)	NC	NC	Informationen an die drei Regionen und den Generalrat übermittelt, die sie angefordert hatten	NC
Transparenz gegenüber Regionen (Antwort der Region Champagne Ardennes)	BCME-Niederlassung der Gruppe Crédit Mutuel Arkéa antwortete erst nach zwei Erinnerungen und übermittelte der Region lediglich den Jahresbericht 2010	CACEIS der Gruppe Crédit Agricole reagierte nach erster Erinnerung mit Übermittlung einer Unternehmensbroschüre 2009 und beantwortete Fragen nicht	Kein Kontakt	Société Générale hat auf erstes Schreiben mit Übermittlung des Referenzdokuments 2010 geantwortet. In dem Schreiben wurde mitgeteilt, dass die Gruppe in den nicht kooperativen Ländern und Gebieten nicht mehr vertreten ist, auf so genannte kooperative Gebiete wurde jedoch nicht eingegangen
Verantwortung in Hinblick auf Einhaltung der Steuervorschriften durch die Kunden	NC	NC	Leitlinien PJF, vermehrte Nennung der tatsächlichen Begünstigten und neue Kriterien für Risiko des Steuerbetrugs	NC – Verhaltenskodex zu Steuerfragen ³⁵
Bereitschaft,	NC	NC	Ja, in Niederlassungen,	NC

³⁵

Dans son code de conduite fiscale, la Société Générale demande à ses employés de « ne pas assister ou encourager les clients à contrevenir aux lois ou réglementations fiscales » et de « ne pas faciliter ou soutenir des opérations avec les clients dont l'efficacité repose sur la non transmission d'informations aux autorités fiscales ».

freiwillige Schritte bei länderspezifischer Transparenz einzuleiten			an denen die Bank einen Anteil von mehr als 50% besitzt	
---	--	--	---	--

Die Banken scheinen im Gegensatz zu den Verpflichtungen, die sie im Jahr 2009 lautstark verkündeten, keine proaktive Rolle bei der Transparenz zu spielen. Mit Ausnahme des Crédit Coopératif haben sie die Fragen des CCFD-Terre Solidaire als Organisation der Zivilgesellschaft nicht genau beantwortet. Dieses Schweigen ist nicht neu. Allerdings scheinen sie sich auch nicht verpflichtet zu fühlen, die neuen Transparenzanforderungen zu erfüllen, die in den Beschlüssen der Regionalräte festgelegt sind. Die Abgeordneten haben noch einige Monate Zeit, dies zu überprüfen.

Weitaus besorgniserregender ist es, dass einige Vertreter französischer Banken, die von den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses des Senats unter Eid befragt wurden, weiterhin sehr ausweichend antworteten beziehungsweise widersprüchliche Angaben machten. Es ist daher dringend an der Zeit, das Gesetz des Schweigens zu brechen, das die Praktiken der Banken in den Steuerparadiesen umgibt (siehe unsere Empfehlungen auf Seite 30).

Wie geht es weiter?

EINE ÄHNLICHE, AUF EINZELNE LÄNDER BEZOGENE TRANSPARENZVORSCHRIFT KÖNNTE AUF EBENE DES FRANZÖSISCHEN STAATS BESCHLOSSEN WERDEN

Der Finanzausschuss des Senats hatte in erster Lesung eine Änderung im Entwurf des Finanzberichtigungsgesetzes vom 9. Dezember angenommen, um die von den Regionen vorgesehene Bestimmung auf die nationale Ebene zu übertragen. Die Nationalversammlung hatte ihn jedoch einige Tage später abgelehnt.

Allerdings hatte die ehemalige Finanzministerin, Valérie Pécresse, bei einer Pressekonferenz am 24. November 2011 selbst den Nutzen dieses Vorschlags hervorgehoben. Sie zog dabei eine sehr ernste Bilanz der Bekämpfung der Steuerflucht in Frankreich.³⁶ „Die Einführung einer länderspezifischen Rechnungslegung der Banken ist ein Weg, der erwogen werden kann.“

François Hollande sprach sich auf eine Anfrage während des Präsidentschaftswahlkampfs für den Vorschlag einer nach Ländern untergliederten Transparenz aus: „Ein Mangel an Transparenz besteht nicht nur bei den Kapitalströmen zwischen Norden und Süden; dieses Defizit ist jedoch nicht hinnehmbar, wenn dadurch den Bürgern der Entwicklungsländern die öffentlichen Mittel verloren gehen, die sie so nötig bräuchten. **Daher bin ich dafür, dass die großen börsennotierten Unternehmen in Frankreich ihre Abschlüsse nach Ländern untergliedert veröffentlichen, und dies unabhängig von ihrem Tätigkeitsbereich,** nicht nur in der mineralgewinnenden Industrie und in der Forstwirtschaft.“

(Schreiben an CCFD-Terre Solidaire vom 5. April 2012³⁷ in Antwort auf unsere Anfrage zugunsten eines Pakts für eine solidarische Welt).

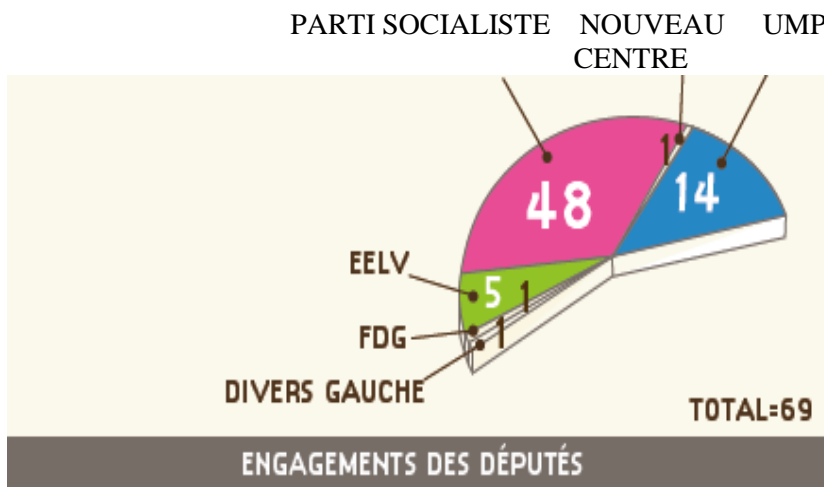
Zahlreiche neue Abgeordnete haben ebenfalls Verpflichtungen übernommen. Sie wurden zu vier Vorschlägen befragt:

- Verpflichtung der multinationalen Unternehmen zu einer auf die betreffenden Länder bezogenen Transparenz im Finanzbereich;
- Unterstützung der Länder im Süden bei der Stärkung ihrer Steuerverwaltungen und bei der Begleitung der wirtschaftlichen Umstrukturierung von Steuerparadiesen;
- Verpflichtung der Banken, die Namen steuerflüchtiger französischer Steuerzahler bekannt zu geben, angelehnt an das erfolgreiche Vorgehen in den Vereinigten Staaten, bei dem mehr als 15 000 amerikanische Staatsangehörige benannt wurden;
- Ergänzung der französischen Liste der Steuerparadiese und Aufnahme ALLER intransparenten Gebiete, einschließlich der Gebiete in den EU-Mitgliedstaaten und den Nachbarländern Frankreichs.

³⁶ Selon les estimations de la ministre du budget, au cours des huit premiers mois de l'année 2011, «plus de 230 requêtes ont été formulées par la France à 18 États (Andorre, Suisse, Liechtenstein, Malte, Jersey etc.)». Mais le taux de réponses a été seulement de 30%, et parfois simplement pour confirmer des informations connues de l'administration fiscale française.

³⁷ Pour retrouver l'ensemble des éléments de sa réponse : <http://ccfd-terresolidaire.org/pacteterresolidaire/Reponsesde-Francois-Hollande>.

Verpflichtungen der Abgeordneten



DIE FRAGE EINER LÄNDERBEZOGENEN TRANSPARENZ WIRD AUCH AUF EUROPÄISCHER EBENE ERÖRTERT

Das Europäische Parlament setzt sich bereits seit langem für diese Vorschläge ein. In einer Entschließung von April 2012 wurde so erneut die Notwendigkeit einer länderspezifischen Berichterstattung in Zusammenhang mit den Tätigkeiten multinationaler Unternehmen betont, um die Steuerflucht zu bekämpfen.³⁸ Seit etwa einem Jahr werden bei der Überarbeitung der europäischen Richtlinien zu Transparenz und Rechnungslegung multinationaler Unternehmen neue, länderbezogene Transparenzvorschriften erörtert.³⁹ Die europäischen Abgeordneten wollen über den derzeitigen Vorschlag der Europäischen Kommission hinausgehen, die das US-amerikanische Gesetz von Juli 2010 übernehmen möchte, das länderbezogene Transparenzmaßnahmen bei Zahlungen vorsieht, welche die mineralgewinnende Industrie an die Produktionsländer leisten. Die Abgeordneten fordern insbesondere die Ausweitung der Transparenzpflichten auf alle Tätigkeitsbereiche und eine umfangreichere Liste der Rechnungslegungsdaten, die nach Ländern aufgeschlüsselt vorgelegt werden sollen, um überprüfen zu können, ob die gezahlten Steuern dem tatsächlich in jedem Gebiet erwirtschafteten Vermögen entsprechen. Derzeit schenken die Ratsmitglieder den Forderungen der Unternehmen mehr Aufmerksamkeit als denen der europäischen Abgeordneten, Frankreich hat nicht versucht, ausreichend Einfluss auf die Verhandlungen zu nehmen. Das kann jedoch noch nachgeholt werden, da die Gespräche über den Vorschlag bis September andauern dürften.

WAS TUT DIE G20 BEI DIESEM THEMA?

Auf dem Gipfeltreffen im November 2010 hatten sich die G20-Staaten verpflichtet, Lösungen zu finden, um die Entwicklungsländer dabei zu unterstützen, die multinationalen Unternehmen unter Überprüfung der Verrechnungspreise zu besteuern. Im Jahr darauf in Cannes forderten sie die multinationalen Unternehmen erstmalig dringend auf, die Transparenz zu verbessern und die geltenden Steuervorschriften uneingeschränkt einzuhalten, ohne sich jedoch auf die Vorgehensweise einigen zu können. Die internationalen Organisationen (Vereinte Nationen, IWF, Weltbank und OECD) hatten jedoch in ihrem gemeinsamen Bericht empfohlen, die Untersuchungen zum Vorschlag für eine transparente, länderbezogene Rechnungslegung zu vertiefen. Im Juni 2012 in Los Cabos (Mexiko) wiederholten die Länder der G20 ihre Verpflichtung zur Bekämpfung einer Erosion der Steuerbemessungsgrundlagen und der Übertragung von Gewinnen, sahen jedoch weiterhin keine konkreten Maßnahmen vor, die über die Arbeiten der OECD zu diesem Thema hinausgingen. In Artikel 48 der Schlusserklärung verwiesen sie allerdings auf eine aktualisierte Liste von dreizehn Gebieten, die das *Global Forum* der OECD als besonders intransparent ansieht.⁴⁰ Auf dieser Liste sind insbesondere die Schweiz und Liechtenstein genannt.

³⁸ <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&language=FR&reference=P7-TA-2012-137>

³⁹ Directive Transparence et 4ème et 7ème Directives comptables : http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/barnier/headlines/news/2011/10/20111025_en.htm

⁴⁰ Botswana, Brunei, Costa Rica, Guatemala, Liban, Libéria, Panama, Trinidad et Tobago, Emirats Arabes Unis, Uruguay, Vanuatu, Liechtenstein et la Suisse.

EMPFEHLUNGEN

Um seine Partner in Europa und bei der G20 zu überzeugen, muss Frankreich eine Vorbildrolle spielen und bei der Bekämpfung der Steuerflucht und intransparenter Finanzstrukturen in den Steuerparadiesen innovativ sein.

► Konzentration auf die Nutzer der Steuerparadiese und Verpflichtung der multinationalen Unternehmen zu länderbezogener Transparenz im Finanzbereich

Um seine Vorbildrolle unter Beweis zu stellen, kann der französische Staat verschärfte Transparenzbestimmungen für alle Unternehmen durchsetzen, die öffentliche Aufträge und staatliche Garantien erhalten oder öffentliches Sparkapital in Anspruch nehmen. Der Zugang zu diesen Mitteln muss davon abhängig gemacht werden, dass die Unternehmen nach Ländern aufgeschlüsselte Rechnungslegungsdaten zu allen Ländern veröffentlichen, in denen sie tätig sind:

- genaue Namen und Kontaktdaten aller ihrer Niederlassungen weltweit
- Angaben zum finanziellen Ergebnis (Verkäufe, Ankäufe und Finanzierungskosten mit Unterscheidung nach konzerninternen Geschäften und Geschäften mit Dritten)
- Lohn- und Gehaltssumme und Anzahl der Beschäftigten
- Gewinn vor Steuer
- in ihren Abschlüssen enthaltene genaue Steuerlast für das jeweilige Land
- Kosten und Nettobuchwert ihrer materiellen Anlagegüter
- Brutto- und Nettovermögen.

Frankreich muss im Rahmen seiner Entwicklungspolitik von seiner Finanzierungsbank, der *Agence Française de Développement*, und deren für die Finanzierung des Privatsektors zuständigen Niederlassung PROPARCO mindestens fordern, diese Transparenzbestimmungen für alle Unternehmen durchzusetzen, mit denen sie zusammenarbeitet.

Auf europäischer Ebene muss Frankreich die Transparenzanforderung bei länderbezogenen Zahlungen von Unternehmen der mineralgewinnenden Industrie aktiv unterstützen, die seit Herbst 2011 erörtert werden.

► Finanzmittler ansprechen und von ihnen einen automatischen Informationsaustausch fordern

Die Vereinigten Staaten, die insbesondere mit Hilfe der Bankdaten der UBS fast 15 000 Steuerflüchtige ermittelt haben, verpflichten alle Banken künftig, ihre Beziehungen zu amerikanischen Steuerzahlern im Ausland offen zu legen (vgl. Gesetz FATCA).

► Mehr Druck direkt auf die intransparenten Gebiete ausüben

- Überarbeitung der französischen Liste der Steuerparadiese, um alle intransparenten und unzureichend reglementierten Gebiete, die Geldwäsche, Finanzspekulationen und Steuerflucht begünstigen, zu überprüfen. Von dieser Liste, die als Grundlage für die seit 2009 entwickelten Sanktionen dient, dürfen die Mitgliedstaaten der EU nicht automatisch ausgeschlossen werden; Steuerparadiese vor den Toren Frankreichs (Monaco und Andorra) müssen aufgenommen werden;

- Forderung an das *Global Forum* der OECD, eine Liste oder eine klare und verständliche Einstufung anhand eines Peer-Review zu veröffentlichen;
- Verschärfung der gegen diese Gebiete verhängten Wirtschaftssanktionen;
- Auf europäischer Ebene die Veröffentlichung konkreter Indikatoren zur Verwendung verschiedener Instrumente zur Bekämpfung von Betrug und Steuerflucht fordern, die seit 2009 verschärft wurden (Anzahl der ausgetauschten Informationen, Anzahl der Kontrollen für jede Kategorie, eingenommene Einnahmen), um die Ergebnisse der ergriffenen Maßnahmen und die Effizienz der internationalen Transparenzstandards zu bewerten.

► Erhöhung des für den Ausbau der Steuerbehörden bestimmten Anteils der Entwicklungshilfe und Begleitung des Übergangs der Steuerparadiese in den Ländern des Südens.

ANHANG 1

Liste der Steuerparadiese des TJN, der G20 und der französischen Regierung

Liste des Netzwerks Steuergerechtigkeit (Nov. 2009)

Andorra	Israel
Anguilla	Jersey
Antigua&Barbuda	Lettland
Niederländische Antillen	Libanon
Aruba	Liberia
Österreich	Liechtenstein
Bahamas	Luxemburg
Bahrein	Macao
Bardados	Malaysia (Labuan)
Belgien	Malediven
Belize	Malta
Bermudas	Mauritius
Brunei	Monaco
Zypern	Montserrat
Costa Rica	Nauru
Dominikanische Republik	Panama
Vereinigte Arabische Emirate	Niederlande
Vereinigte Staaten (Delaware)	Philippinen
Gibraltar	Portugal (Madeira)
Grenada	Vereinigtes Königreich (City)
Guernsey	Samoa
Hongkong	Seychellen
Ungarn	Singapur
Isle of Man	Sudan
Kaimaninseln	St. Vincent und die Grenadinen
Cookinseln	St. Lucia
Marshallinseln	Schweiz
Turks- und Caicosinseln	Uruguay
Amerikanische Jungferninseln	Vanuatu
Britische Jungferninseln	
Irland	

Liste der G20 2012

Botswana
Brunei
Costa Rica
Guatemala
Libanon
Liberia
Panama
Trinidad und Tobago
Vereinigte Arabische Emirate
Uruguay
Vanuatu
Liechtenstein
Schweiz

Liste Frankreichs 2012

Botswana
Brunei
Guatemala
Marschallinseln
Montserrat
Niue
Nauru
Philippinen

ANHANG 2

Die fünf Fragen von CCFD-Terre Solidaire an die Banken

► Hat sich die Präsenz Ihrer Gruppe (mit allen konsolidierten Tochterunternehmen in Ihren Abschlüssen) in den auf der Liste des Netzwerks Steuergerechtigkeit genannten Steuerparadiesen gegenüber unserem im Dezember 2010 veröffentlichten Bericht ausgehend von den Daten verändert, die Sie veröffentlicht haben?

Wie viele Filialen haben Sie in jedem dieser Gebiete?

► Haben Sie Maßnahmen vorgesehen, um die Transparenz und die Einhaltung der Steuervorschriften durch die Institute Ihrer Gruppe sicherzustellen? Wenn ja, welche? In welcher Weise setzen Sie die Vorschriften um und mit welchen Indikatoren bewerten Sie ihre Effizienz?

► Haben Sie Kontakte zu lokalen Gebietskörperschaften, die einen Beschluss zur Transparenz ihrer Finanzpartner in den Steuerparadiesen angenommen haben? Haben sie sich an Sie gewendet? Wenn ja, haben Sie länderbezogene Informationen zu allen Gebieten übermittelt, in denen Sie präsent sind, das heißt Liste der Niederlassungen, Tätigkeiten, erzielter Umsatz und erzielttes Jahresergebnis, Anzahl der Beschäftigten, an die staatlichen Stellen vor Ort gezahlte Steuern und Abgaben?

► Wären Sie bereit, länderbezogene Rechnungslegungsdaten ergänzend zu Ihrem Tätigkeitsbericht für das Jahr 2012 zu veröffentlichen (Verzeichnis der Niederlassungen, Tätigkeiten, erzielter Umsatz und erzielttes Jahresergebnis, Anzahl der Beschäftigten, an die staatlichen Stellen vor Ort gezahlte Steuern und Abgaben)?

► Wie überprüfen Sie, dass die Tätigkeiten Ihrer sonstigen Kunden ebenfalls den geltenden Steuervorschriften entsprechen? Haben Sie Ihre Bestimmungen seit 2010 verschärft und wie bewerten Sie ihre Effizienz?